

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 2

Artikel: Krieg dem Krieg
Autor: Schmit, Lydie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339843>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Degradierung der AZ zu einer Ware vorbei war? Waren die Verleger betriebswirtschaftlich qualifiziert oder hatten sie ihre Verdienste anderswo erworben? Trifft es zu, dass ihnen jene hortende Eigentumsbeziehung eigen war, die verlangt: «Heg es und pfleg es und lass es nicht los»? Stimmt zum Beispiel, dass sie wegen dieser Haltung Kapitalien, die in genossenschaftseigenen Altstadtliegenschaften schlummerten, nicht rechtzeitig zu Investitionszwecken flüssig machten? Und dass sie diese Kapitalien später gezwungenermassen unproduktiv zur Defizitdeckung verschwendeten?

Wenn wir an den verlegerisch-redaktionellen Spielraum denken: Wie hätte der Verlust der kommunikativen Funktion der AZ-Presse kompensiert werden können? Wie hätte man die zur bürgerlichen Tagespresse überlaufenden Abonnenten halten können, ohne im Zeitungsinhalt demokratische und sozialistische Perspektiven aufzugeben? Was würde es für eine linke, stark im Lokalen verankerte Presse konkret bedeuten, die redaktionelle Leistung zu verbessern? Und schliesslich die für mich entscheidende Frage: *Kann eine linke Tageszeitung überhaupt ein Publikum schaffen und ansprechen, ohne es von einer sozialen Bewegung — wie etwa der Streikbewegung anfangs des Jahrhunderts — geliefert zu bekommen?* (Aus «Eine deformierte Gesellschaft» Lenos Verlag)

Anmerkungen

- 1) Hans-Jürg Fehr, Existenz- und Wachstumsbedingungen der schweizerischen Arbeiterpresse von den Anfängen bis 1914 (Masch. schr.), Zürich 1977.
- 2) Wilfried Häberli, Die so-

zialdemokratische Presse in Basel bis zum Ersten Weltkrieg, in: Basler Stadtbuch 1970, S.73.

- 3) David Lerner, Die Modernisierung des Lebensstils, in: W.Zapf, Theorien des sozialen Wandels, Köln 1973, S.362ff.
- 4) Martin Schaffner, Die Basler Arbeiterbevölkerung im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte und Lebensform, in: Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd.123, Basel 1972, S.111.
- 5) Jürg Siegenthaler, Zum Lebensstandard schweizerischer Arbeiter im 19. Jahrhundert, in: Zs.Stat.1965, S.423ff.
- 6) Eduard Weckerle, Herman Greulich, Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947, S.124.
- 7) OAZ, 1.7.1908.
- 8) Friedrich Heeb, Aus der Geschichte der Zürcher Ar-

beiterbewegung, Zürich 1948, S.74.

- 9) Zitiert nach Heeb, a.a.O., S.34.
- 10) Paul Pflüger, Die Presse, Zürich 1911, S.8.
- 11) Ernst Nobs, 25 Jahre *Volksrecht*, Zürich 1923, S.45.
- 12) Walter Auerbach, Presse und Gruppenbewusstsein, Diss., Köln 1931, S.65.
- 13) *Vorbote*, 3.12.1904.
- 14) OAZ, 4.11.1911.
- 15) Protokoll Vorstand Arbeiter Union vom 10.9.1908.
- 16) Protokoll Delegiertenversammlung Arbeiter Union vom 10.10.1909.
- 17) a.a.O., 26.6.1910.
- 18) *Ostschweizer AZ*, 30.9.1905.
- 19) Autorenkollektiv, Leser ohne Zeitung, Zürich 1974, S.81.
- 20) Christian Padrutt, Zur Lage der Schweizer Presse, Zürich 1975, S.65.
- 21) a.a.O., S.22.

Lydie Schmit

Krieg dem Krieg

Lydie Schmit, die Autorin des nachstehenden Artikels ist Präsidentin der Sozialistischen Frauen-Internationalen. Dieses Bekenntnis der sozialistischen Frauen zur Friedensbewegung hat Lydie Schmit im November des vergangenen Jahres vor den Sozialistischen Frauen in Wien abgelegt.

Man vergleiche: Als in der Nacht zum 6. August 1981 — dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima — zwölf Mitglieder einer deutschen Friedensgruppe mit Tafelkreide Umrisse von menschlichen Körpern und den Text «Hiroshima mahnt» auf das Pflaster der Fussgängerzone im bundesrepublikanischen Nürnberg malten, wurden sie festgenommen und auf dem

Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt.

Als in der Nacht zum 6. August 1981 — dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroshima — US-Präsident Ronald Reagan zusammen mit seinen Gesinnungsbrüdern Weinberger und Haig entschied, die Neutronenwaffe bauen zu lassen, wurden sie von niemandem in den «States» belästigt oder öffentlich befragt,

ob ausgerechnet das Datum aus provozierender Boshaftigkeit oder unverzeihlicher Geschichtsunkennntnis gewählt worden sei.

Und man überdenke einen anderen Unterschied:

Auf der einen Seite: Eine Handvoll Terroristen plant und verwirklicht Mordtaten. Aus falschen, weil gegen den Menschen gerichteten Überlegungen heraus. Die Terroristen werden (besonders eifrig, wenn man sie auf der linken Szene angesiedelt glaubt...) steckbrieflich gesucht und verurteilt. Zu Recht übrigens!

Auf der anderen Seite: Eine Handvoll Politiker und Generäle aus West und Ost plant Massenmorde und bereitet sich auf deren Verwirklichung vor. Aus falschen, weil gegen den Menschen gerichteten Überlegungen heraus. Die Politiker und Generäle werden weder angeprangert noch verurteilt. Im Gegenteil: In eigener Person oder über süffisante Mittelsmänner erscheinen sie auf dem Fernsehschirm und in den Massenmedien, selbstherrlich und sendungsbewusst. Und dürfen ungestraft die Unaufgeklärten und Unmündigen weiter manipulieren, vorurteilisieren, gegen echte Werte und echte Argumente immunisieren. Oder in ungeistiger, das heisst menschenunwürdiger Niveaulosigkeit und peinlicher historischer Unkenntnis und Fehlkenntnis zur grossen Hatz aufblasen gegen «weltfremde Idealisten», «spintisierende Utopisten», «feige Schwächlinge» usw. Sozialisten, Pazifisten und Neutralisten werden der tödlichen Lächerlichkeit oder der gefährlichen Dummheit preisgegeben. Umwertung unbequemer Werte also?

Ja, denn: ...und hier beginne ich die Auseinandersetzung mit einem «Schimpfwort» (?), das besonders gerne gebraucht wird in NATO-Kreisen, aber neulich

auch — warum es verhehlen? — bei unseren französischen Freunden: Neutralismus.

Ich hinterfrage: Was ist das eigentlich für dummes Geschwätz von der «Finnlandisierung» oder, rezenter, von der «Holandisierung» Europas.

Was ist eigentlich Schlimmes dabei, wenn Schweden, Österreich oder die Schweiz neutral sind und hoffentlich konsequent bleiben wollen? (Apropos Schweden: Wir sollten den sowjetischen U-Boot-Blödsinn nicht überbewerten. Er ist kein Argument gegen, sondern für die europäische Friedensbewegung. Und höchstens der Beweis, dass die Forderung nach atomarer Abrüstung beider Supermächte nicht laut genug erhoben werden kann!) Warum dürfen andere europäische Staaten — und ich dehne den Begriff Europa bewusst und gezielt bis zumindest Brest-Litowsk aus — nicht neutral oder nicht wieder neutral werden? Und atomfrei dazu? Damit die USA ihre westeuropäische nukleare Spielwiese und die Sowjetunion ihre gefügigen Pufferregionen behält?

Europa ist wirklich kriegsmüde

Unsere Manifestationen müssen immer beeindruckender werden, unsere Stimmen immer unüberhörbarer: Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege ist Europa wirklich kriegsmüde geworden und wenig geneigt, sich in bewaffnete Konflikte zwischen irgendwelchen Mächten (China inbegriffen) hineinziehen zu lassen. Mögen Cowboys und Kosaken über unsere militärische «Impotenz» spötteln; wichtiger müssen uns jene grossen Hoffnungen sein, die da gesetzt werden von den Ländern der Dritten Welt in ein nicht mehr imperialistisches Europa, in ein Europa des wiedererwachenden Selbst-

bewusstseins auf wirtschaftlich gerechtem, auf intellektuellem und moralischem Gebiet. Gerade deshalb dürfen wir uns nicht länger herabwürdigen lassen zum weltpolitischen Fussvolk, sei es der USA auf der einen oder der UdSSR auf der anderen Seite. Dass weder die Reagan-Regierung noch die Breschnjew-Regierung sich von ihren Verbündeten zu Beschlüssen in der Abrüstung zwingen lassen — gut! Dass die Verbündeten und Paktfreien sich aber auch ihrerseits weder von den Amerikanern noch von den Russen in die Nach- oder Abrüstung zwingen lassen — besser! Auch nicht unter dem fadenscheinigen Argument der Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung via Rüstungsindustrie. Hier fällt besonders den Gewerkschaftsverantwortlichen eine grosse Aufgabe zu. Sie müssen den Werktätigen klarmachen:

— Richtig ist nicht, was mir oder meiner Gruppe oder meinem Land kurzfristig nutzt. Richtig und gerecht ist, was der gesamten Menschheit langfristig zugute kommt. Und — die Weltwirtschaft wird nicht zusammenstürzen, wenn die Rüstungsindustrie ausgeklammert wird und die Handelsströme und Finanzströme der Waffenexporte abgezogen werden;

— die nationalen Devisenbilanzen werden langfristig nicht dadurch ausgeglichen, dass die Rüstungsexporte forciert werden;

— die Arbeitslosigkeit wird auch dann nicht grösser, wenn alles Militärische konsequent abgebaut wird.

Bedingung: Alle Gewerkschaften, die sich fortschrittlich nennen, alle Parteien, die sich zu Fortschritt und Menschlichkeit bekennen, müssen die Staatsführungen endlich lehren, sich weniger mit rüstungslukrativen Drohgebärden und mehr mit schöpferischen Denkschemata

abzugeben. Die Staatsführungen — egal welcher Couleurs — müssen endlich den todesgefährlich bequemen Weg der Phantasielosigkeit und Einfallslosigkeit verlassen und eine durchdachte und zielbewusste Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung einleiten. Unter anderem mit Hilfe der Alternativbewegungen, denen mehr entgegenzubringen ist, als nur wahllektorales Wohlwollen. Die Alternativ- und Ökologiebewegungen dürfen zum Beispiel aufzeigen, wie Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen wären, wenn wir darangingen, unsere zum Teil verschandelte und kaputte Umwelt wieder in Ordnung zu bringen; aber sie dürften sich auch wiederum nicht damit begnügen. Ich gehöre selbst zu jenen, die sich gegen eine voreilige, aber immerhin friedliche Nutzung der Kernenergie zur Wehr setzen; doch ich vergesse derweil nicht die Kampfflugzeuge, die bei ihren überflüssigen Probeflügen über unseren bedrohten Köpfen mehr Energie pro Stunde verpuffen, als der gesamte bitterarme afrikanische Kontinent an einem Tag verbraucht. Ich ärgere mich als Grenzbewohner über die französische Kernkraftgigantomanie, gestehe aber ein, dass es mich noch mehr schockt, wenn im militärischen Bereich unsere Welt der atomaren Narrenfreiheit verfällt.

Frauenpflicht zur Opposition

Ähnliches gilt für die feministische Bewegung. Natürlich haben wir Frauen die Pflicht, uns endlich tatkräftig zu wehren — gegen eine jahrtausendalte Diskriminierung im sozialen und kulturellen Bereich; — gegen sexuelle Ausbeutung; — gegen heuchlerische Gesetzgebungen, deren Umsetzung in die Praxis um Jahrzehnte hinterherhinkt.

Es sei aber auch erinnert an die Nöte und Existenzängste der Frauen in der Dritten Welt, an den Analphabetismus, an den Hunger. Denn dort verhungern mitten im Noch-Frieden Millionen Menschen mangels einer Handvoll Reis, während man der Weltbevölkerung immerhin für Kriegszeiten 20 Tonnen Sprengstoff pro Kopf und 150 Millionen Dollar täglich für Rüstungszwecke garantieren kann!

Eine sehr «männliche» Garantie..., die es uns Frauen zur Pflicht macht, dagegen zu opponieren.

Besonders wir europäischen Frauen müssen dabei Solidarisierungsinitiativen übernehmen und Brücken der Vernunft, das heisst des Weltfriedens, schlagen — über den gemeinsamen Nenner unseres Frauentums. Zugute käme uns jedenfalls, dass in den Vereinigten Staaten — trotz aller Emanzipationstümelei — die amerikanischen Politiker noch immer grün im Gesicht werden, wenn man sie nach dem ersten weiblichen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika fragt (ich habe den Eindruck, dass sie, vor die Alternative gestellt, sogar einen schwarzen Mann einer weissen Frau vorziehen würden).

Zugute käme uns ebenfalls, dass in der Sowjetunion — trotz allem Theoriegeschwafel — die Apparatschiks noch immer verlegen irritiert tun, wenn man sie so ganz nebenbei fragt, wann eigentlich der erste weibliche Generalsekretär der Partei gekürt werde.

Und man komme uns nirgends mit dem Argument, «zu den Rechten der vollständigen Emanzipation gehörten auch sämtliche Pflichten, unter anderem Einführung der Wehrpflicht für Frauen».

Dazu möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Emanzipation, Gleichberechtigung bedeutet

für mich nicht, sich das abstrakte Recht zur Ausbildung an der Waffe zu erstreiten. Zumal sich dieses Recht, in letzter Konsequenz und im konkreten Ernstfall, verwandelt in eine monströse «Pflicht» zum Töten von Menschen.

Gleichberechtigung bedeutet für uns von der Sozialistischen Internationale der Frauen unter anderem:

— Kampf gegen stetige Aufrüstung,

— Kampf für den Frieden,

— Kampf für den Abbau des Misstrauens zwischen den Völkern,

— Kampf gegen die Selbstzerstörung des Menschen

und die Solidarität mit den Männern, die aus Gründen des Gewissens und der Vernunft den Dienst mit der Waffe oder den Dienst an Vernichtungsmitteln verweigern.

Solidarität im Pazifismus?

Natürlich. Vorausgesetzt, man deutet den Begriff richtig. Auf der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 2. März 1922 in Moskau definierte Clara Zetkin den Pazifismus als «letzte kapitalistische Ideologie», als «letzten Versuch, mittels der internationalen Zusammenfassung und Organisation der gesellschaftlichen Kräfte die bürgerliche Ordnung zu retten». Im Pazifismus «offenbare sich die instinktive oder bewusste Sorge um den Fortbestand der bürgerlichen Ordnung». Mag sein, dass ähnliche Gedankengänge noch heute in Moskau dahindämmern — wie anders kann man sich erklären, dass es in der Sowjetunion keine parteiunabhängige Friedensbewegung gibt. Ansonsten ist es aber fast amüsant festzustellen, dass Clara Zetkins Begriffserklärung ausgerechnet von scheinbar

sehr unwissenden «Kapitalisten» widerlegt wird.

Weit davon entfernt, die aktuellen Pazifisten als «Retter der kapitalistischen Ideologie» zu feiern, lassen amerikanische NATO-Hörige keine Gelegenheit aus, sie mit den größten Schimpfwörtern zu betiteln. Die Skala reicht vom «naiven Dummerchen» über den «infantilen Schwächling» bis — Clara Zetkin sei's geklagt! — zum «nützlichen Idioten Moskaus».

Oder ist Pazifismus Wolkenkuckucksheim und schiere Gefühlsduselei?

Es ist offensichtlich eine emotionale Komponente mit dabei, aber gerade das scheint zur Zeit in der nationalen und internationalen Politik besonders nützlich im Sinn von:

mehr Herz und weniger bürokratische Seelenlosigkeit!
mehr Idealismus und weniger technokratischer Un-Geist!

Was Pazifisten nicht sein dürfen

Leute mit schierer Opferlammentalität.

Hier darf die Rolle der Kirchen hinterfragt werden. Eines steht jedenfalls fest: Bis jetzt hat die evangelische Kirche mit ihrer Berufung auf die «Bergpredigt» zweifellos den sympathischeren, christlicheren und besseren Part gehabt. Die katholische Kirche tut sich, wie immer, viel schwerer. Vielleicht fühlt sie sich noch allzu peinlich belastet von uneingestandenem Fehlern der Vergangenheit. Denn wie viele, Männer und Frauen, sind im Laufe der Geschichte gerade von der Institution «Kirche» und im Namen des fried- und feindliebenden Nazaräers verketzert und verfemt, verfolgt und verbrannt, gedemütigt und ermordet worden? Und wie unsinnig der Befehl an die Frauen, noch und noch zu gebären, Leben zu geben, und

nichts Konkretes dagegen zu unternehmen, dass eben dieses Leben auf wenig appetitliche Weise an Kanonen verfüttert oder auf die «saubere» Art durch Neutronenwaffen versafet und verstrahlt wird!

Doch spätestens bei diesen Ausdrücken stehen gestandene politische Männer auf und bitten um «Versachlichung der Diskussion». Als ob nicht gerade der Wortgebrauch «Versachlichung der Diskussion» im Zusammenhang zum Beispiel mit der Neutronenwaffe von abgrundtiefem Unverstand und Zynismus zeuge! Als ob man nicht, gerade bei diesem Thema, nach mehr Menschlichkeit in der Diskussion rufen müsse! Mehr Menschlichkeit bei allen Waffengattungen, seien sie atomarer, chemischer, biologischer oder konventioneller Natur. Es kann doch nicht so weitergehen, dass die millionenfache Stimme der Vernunft dort nicht gehört wird, wo angeblich ernste Politiker ernstestem Generälen zuhören, wenn diese ernsthaft behaupten, es müsse «nachgerüstet» werden, ansonsten es den bösen «anderen» möglich würde, die Bevölkerung unseres Planeten 31mal zu vernichten, «derweil wir das nur 30mal können».

Wieso mischt hier die offizielle katholische Kirche nicht energisch mit? Es genügt nämlich nicht, dass die päpstliche Kommission «Justitia et Pax» ihr Dokument «Der Heilige Stuhl und die Abrüstung» über den UNO-Beobachter des Vatikans an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verteilt. Wieso unterlässt Rom die Verteilung an all jene, die sich als Katholiken bezeichnen; an die westlichen Bischöfe und Besitzer mächtiger katholischer Tageszeitungen, in denen Tag für Tag ein geradezu primitiver Kommunismohr und eine direkt peinliche Kriegshetze betrieben wird; an die Rüstungs- und Ra-

ketenparteien, die zwar beim Abtreibungsparagrafen Zeter und Mordio schreien, gleichzeitig aber die Massenvernichtung durch den Krieg von geborenem und bewusstem Menschenleben lauthals befürworten. Und dazu in vielen Ländern auch noch die Schamlosigkeit besitzen, das christliche C in ihrer Benennung nicht zu streichen?

Aus der Geschichte lernen

Nun darf Kritik aber auch nicht haltmachen vor dem eigenen Lager: Pazifisten dürfen meiner Meinung nach nicht Leute sein, die in der Fluchtbewegung ihr Heil suchen.

Oder sich dem Gegner einfach unterwerfen oder vor ihm in die Knie gehen. Schon gar nicht, wenn sie sich zum Sozialismus bekennen. Die schwarzen Seiten aus dem Geschichtsbuch der Sozialistischen Internationale dürfen sich nicht wiederholen. Besonders wir Frauen müssen und werden innerhalb unserer Internationale dafür Sorge tragen. Und den Parteiführern bei allen Zusammenkünften der Internationale tief in die Seele schauen, nicht nur auf ihre Worte hören. Dabei wissen wir Frauen, dass Widerstand gegen die sogenannte (männliche) «Realpolitik» mehr als einmal zum nervenschleissenden Schwimmen gegen den Strom wird. Doch was soll's. Hauptsache, es wiederholen sich nicht mehr die Ereignisse von 1914, als die österreichische Sozialdemokratie in ihrer internationalen Haltung nur noch Passivität und Unterwerfung bedeutete und der deutsche Parteivorstand nebst Reichstagsfraktion verantwortungslos auf Krieg und kapitalistisch-imperialistische Front einschwenkten, während der französische Sozialisten- und Friedensführer Jean Jaures von einem verhetzten Chauvinisten ermordet wurde und sich

auch das grausame Schicksal einer Rosa Luxemburg anbahnte. Und es sollen sich nicht mehr wiederholen die Ereignisse vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Wobei ich als Historikerin auf eine gefährliche Geschichtsverzerrung aufmerksam mache, die besonders gerne in deutsch-bundesrepublikanischen Kreisen der Rechten propagiert wird.

Weder das laue Abkommen von München noch die sogenannten Pazifisten haben Adolf Hitler zum katastrophalen Handeln «verführt». Verführt haben ihn, der das Grosskapital im Rücken hatte, die Kirchen und Unaufgeklärten, die aus lauter Einbildungsangst vor der «roten Gefahr» von links die braune Brühe von rechts nicht sahen; verführt haben ihn aber auch all die vereinzelt Zauderer sowie die ideologisch und intellektuell heillos Zerstrittenen, weil sie sich nicht zum solidarischen Massenwiderstand aufrufen konnten, als es Anfang der dreissiger Jahre noch Zeit war. Vielleicht weil sie zu lange von der Vorstellung ausgegangen sind, dass, wenn sie selbst keine Gewalt anwenden, auch von der anderen Seite keine Gewalt angewendet würde.

Und 1918?

Es gibt sie glücklicherweise noch immer, die Pazifisten, die Besserverstehenden. Besonders im sozialistischen Lager. So ziehen wir die geistige Auseinandersetzung der militärischen vor, den Verhandlungstisch dem Schlachtfeld. Aber wir werden uns im Notfall auch anders zu wehren wissen. Mit dem Unterschied, dass wir nicht um nackte Macht und Vormacht kämpfen, sondern um die echten Werte der Menschheit. Dazu braucht man keine reguläre und kostspielige Armee und keine sophistizierten Waffen. Das erfuhr die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im

Kampf mit den Partisanen, das haben die Amerikaner in Vietnam erfahren, die Russen in Afghanistan; das erfahren noch tagtäglich die Diktatoren in Lateinamerika.

«Gegen Stechmücken sind Maschinengewehre eine eindrucksvolle, aber nicht eben wirksame Waffe» (Eppler). Davon gehen wir aus in unserem derzeitigen Kampf für den Frieden, in unserem Krieg dem Krieg. Die Stärke unserer aktiven Gewaltlosigkeit liegt nämlich einzig und allein in der Massenhaftigkeit unserer Demonstrationen.

Mut zur konkretisierbaren Utopie

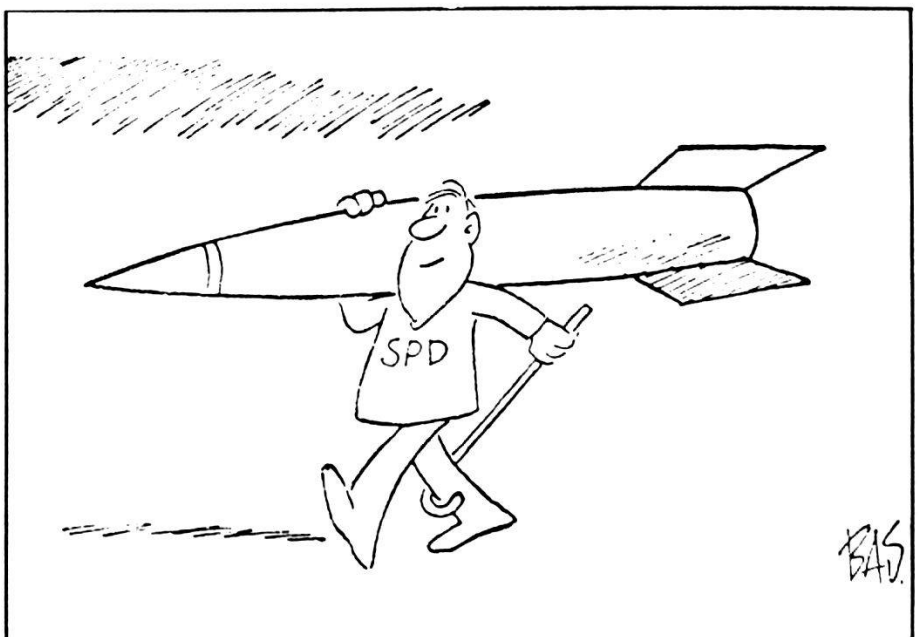
Mehr noch als bisher müssen wir unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen klarmachen — am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie:

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass ganze Teile der Menschheit von den Wahnsinnsrobotern und den machtverrückten Supermächten zum wertlosen Objekt, zur blossen Sache degradiert werden. Wir müssen endlich aufbegehren gegen den zunehmenden wissenschaftlichen Ungeist, den zu-

nehmenden militärischen Unverstand und die zunehmende politische Verantwortungslosigkeit. Wir dürfen unsere Welt nicht länger gängeln lassen von einer Handvoll Schreibtischtäter, Vernichtungsfanatiker und Möchtegern-Staatsmänner, die besonders uns Europäer, aus West und Ost, schon bis an den Rand eines atomaren Krieges, das heisst unserer existentiellen Vernichtung gebracht haben, und die vor nichts zurückschrecken.

Freundschaft hin, Partnerschaft her. Wenn Freundschaften in provozierende Rücksichtslosigkeit und tödliche Umarmung ausarten, dürfen sie hinfällig werden. Das gilt sowohl für die Staaten des Warschauer Paktes als auch für die Länder des NATO-Bündnisses. Als sozialistische Staatsbürgerin eines Mitgliedslandes der NATO steht für mich auf alle Fälle fest:

Im Ernstfall kenne ich nur einen Vertrag, den Vertrag, der mich an die Menschheit bindet. Und wenn ich den Versuch wage, mich nicht nur auf die eigenen Ängste oder die der Freunde und Partner zu fixieren, sondern mich auch mit den Äng-



«FAZ», Zeichnung: Mitropoulos

sten und Sehnsüchten des potentiellen Gegners auseinandersetze, erlaube ich niemandem, auch nicht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, mich zur «nützlichen Idiotin» oder sonst etwas Schimpflichem abzustempeln.

Und zur Antiamerikanerin schon gar nicht; schliesslich — und Gott sei Dank — ist Reagan nicht gleichbedeutend mit Amerika! Er repräsentiert lediglich 27 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, und unter den anderen 73 Prozent gibt es viele, die in unserem Sinn bereit sind, sich auf den von Eppeler beschworenen Trampelpfad der Vernunft und Zukunftsgläubigkeit vorzuwagen. Zur Not gegen den Willen der Machthabenden, die damit nicht nur zum Verhandeln, sondern zum humanen Handeln gezwungen werden. Gegen den Neoabsolutismus der sogenann-

ten «Macher», gegen Neototalitarismus der Bürokraten und Technokraten, die es sich schliesslich nicht mehr leisten können, sich dem immer breiter werdenden Strom zu widersetzen.

«Das weiche Wasser bricht den Stein», rockt eine holländische Musikgruppe.

Richtig! Nur müssen wir, besonders wir sozialistischen Frauen, den Mut aufbringen, zur konkretisierbaren Utopie, zum konkretisierbaren weil vernünftigen Traum, dem Traum vom «ewigen Frieden» eines Immanuel Kant.

Also doch nur philosophische Spinner und Träumer? Ein sehr altes, sehr schönes brasilianisches Volkslied gibt Antwort:

«Wenn man allein träumt, ist es nur ein Traum, aber wenn man gemeinsam träumt, ist der Traum der Anfang der Wirklichkeit.»

wirtschaftlichen Aufschwung zum Budgetausgleich führen sollte, diene in diesem Programm dazu, Kapitalien, die der Staat bisher zur Deckung seines Defizits benötigte, nun für privatwirtschaftliche Investitionen bereitzustellen. — Das gesteigerte Angebot an Waren und Dienstleistungen würde zur Preisstabilisierung führen und der jahrelang andauernden Inflation ein Ende setzen. Die erhöhte Wirtschaftstätigkeit werde die Arbeitslosigkeit, wenn nicht beseitigen, so doch erheblich reduzieren. Alles in allem — im Jahre 1984, wenn nicht schon vorher, wäre mit der neuen Ökonomie, abgekürzt im englischen Reaganomics genannt, alles zum besten bestellt.

Um zu verstehen, wie diese seltsame Mischung von Theorien, kaum entworfen und ohne jede Beweisführung vorgelegt, so viel Anklang finden und Reagan zur Präsidentschaft führen konnte, ist es notwendig zu verstehen, dass die traditionelle Keynes'sche Theorie der Nachfragesteigerung durch Defizite, die seit der grossen Krise vor 50 Jahren so viel Zustimmung fand, in den letzten Jahren in der Praxis erfolglos war. Das Nebeneinanderbestehen von Arbeitslosigkeit und Inflation — auch Stagflation genannt — war zumindest mit der traditionellen Form der Keynes'schen Lehre nicht zu erklären. Da die amerikanische Linke sich bisher auf eine sehr vereinfachte Form der Keynes'schen Theorie gestützt hatte, war es für manche Amerikaner naheliegend, es nach dem Scheitern der Linken nun mit einer neuen Lehre zu probieren.

Bis vor kurzem hat der Präsident alle Kritik an seiner Regierung damit beantwortet, dass er auf den Termin des Beginns seines Programms hinwies: «Wir beginnen erst am 1. Oktober.» Nun ist dieser Termin vorbei

Adolf Sturmthal

Das Ende der Reaganomics?

Mit der verfehlten Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration setzt sich Adolf Sturmthal, Professor an der Universität von Illinois auseinander. Er kommt in seinen Ausführungen zum Schluss, dass wer nicht aus der Geschichte lernen will, dazu verurteilt ist, alle Fehler zu wiederholen.

Da das menschliche Erinnerungsvermögen kurz ist, ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, wie das Reagan-Programm zur Zeit der Wahlkampagne 1980 aussah: Steuerkürzung, Kürzung der Staatsausgaben, wirtschaftlicher Aufschwung, ausgeglichenes Staatsbudget im Jahre 1984. Das Programm war aufgebaut

auf einer Kombination zwischen der monetären Theorie von Milton Friedmann und der sogenannten Angebots-Ökonomie von Prof. Laffer. Die Steuerkürzung, die vor allem den obersten Einkommenschichten zugute kommt, sollte Sparkapital schaffen. Die Kürzung der Staatsausgaben, die gemeinsam mit dem erwarteten